

Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:
<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

LANDTAGSREDE – 08.Oktober 2026

Beate Raudies

Was ist uns Kultur wert? – Für eine moderne und gerechte Künstlersozialversicherung
TOP 24: Soziale Absicherung für freischaffende Künstlerinnen und Künstler nachhaltig stärken: Eine weitere Säule in der Künstlersozialversicherung etablieren (Drs. 20/4863)

Deutschland ist stolz auf seine vielfältige Kulturlandschaft.

Kunst und Kultur genießen eine hohe Wertschätzung.

Wir sind stolz auf die den hohen Stellenwert, den die Kunst in unserer Gesellschaft und auch im Grundgesetz genießt

und darauf, dass Kunst sich auch mal einmischen, provozieren und unbequem sein darf.

Künstler:innen sind damit auch Ausdruck einer starken Zivilgesellschaft.

Und was brauchen wir in diesen Tagen mehr, als das?

Aber wie gehen wir eigentlich im Gegenzug als Gesellschaft mit unseren Kulturschaffenden um? Was ist ihr Schaffen uns wert?

Die Realität sieht düster aus: Das durchschnittliche Jahreseinkommen der in der Künstlersozialkasse versicherten Freischaffenden liegt bei knapp über 20.000 Euro im Jahr. Das ist ein Einkommen, das knapp über dem Existenzminimum liegt.

Wer wie ich aus der Praxis der Finanzpolitik kommt, weiß ganz genau: Bei diesem Einkommensniveau ist es schlicht unmöglich, aus eigener Kraft Rücklagen für auftragsfreie Zeiten, Probenphasen oder Werkstattmonate anzusparen. Die Corona-Pandemie hat uns wie ein Brennglas gezeigt, wie fragil das soziale Netz für Selbstständige im Kulturbereich ist.

Aber Erwerbslücken sind kein Ausnahmefall, sondern dem Berufsfeld immanent.

Wenn eine Schauspieler:in Wochen lang ein Stück probt,

wenn ein Autor Monate an einem Manuskript recherchiert oder

ein bildender Künstler im Atelier neue Werke vorbereitet,

dann fließt oft kein Honorar.

In vielen Fällen gibt es nicht einmal die Garantie, mit den Werken überhaupt genügend Geld zu verdienen.

Trotzdem arbeiten diese Menschen in diesem Moment auf Volltouren, müssen oft in Vorkasse gehen oder sind auf das Einkommen von Partner:innen oder andere Unterstützung aus dem Umfeld angewiesen.

Dass unser Sozialstaat diesen Zustand bisher ignoriert, halten wir Sozialdemokrat:innen für eine gravierende Gerechtigkeitslücke.

Die Arbeitslosenversicherung nach dem SGB III greift nicht, weil die Freischaffenden gar nicht arbeitslos sind – sie schaffen ja Kunst!

Als Freischaffende können sie zudem logischerweise auch ihren Arbeitsplatz nicht verlieren.

Und der Gang zum Amt für Bürgergeld ist nicht nur bürokratisch, er passt auch nicht zu den Arbeitsstrukturen und nimmt den Betroffenen die Würde.

Im Übrigen macht es genau deshalb auch Sinn, den Weg über die Künstlersozialversicherung zu wählen und auch für den Bund, hier finanziell einzutreten.

Die Kosten trägt nämlich am Ende über die Grundsicherung – spätestens im Alter – ohnehin der Bund.

Dieser Weg lässt sich aber von vorne herein vermeiden und die freischaffenden Künstler:innen in Deutschland erhalten eine Sozialversicherung aus einem Guss.

Deswegen war für mich seit der Corona-Pandemie klar:

Wir brauchen eine eigenständige, beitragsfinanzierte Säule innerhalb der Künstlersozialversicherung.

Das ist sozial gerecht, finanzpolitisch solide durchdacht und setzt genau an der richtigen Stelle an.

Wer Beiträge zahlt, erwirbt einen Anspruch auf solidarische Absicherung bei Erwerbsunterbrechungen – genau so funktioniert ein moderner Sozialstaat.

Das Rechtsgutachten von Prof. Dr. Ulber für die Kulturministerkonferenz zeigt, dass dieser Weg möglich ist.

Deswegen bitten wir die Landesregierung heute, der entsprechenden Bundesratsinitiative des Landes NRW beizutreten und sich auch darüber hinaus dafür einzusetzen, dass Künstler:innen durch diese weitere Säule der Künstlersozialversicherung sozial deutlich besser abgesichert werden können.

Wer Kultur in Schleswig-Holstein will, muss auch dafür sorgen, dass diejenigen, die sie schaffen, von ihrer Arbeit leben können und sozial abgesichert sind.

Als Kultur- und Finanzpolitikerin schaue ich dabei nicht nur auf sonntagsrednerische Wertschätzungen, sondern ganz pragmatisch auf die Zahlen und die Lebensrealität der Menschen.

Wir brauchen verlässliche Rahmenbedingungen für die freie Szene – von Elmshorn bis Flensburg.

